

Nicht gehaltene Versprechen

Landrecht und Landreform in Nepal

Jagat Basnet

Die Debatte über eine Landreform in Nepal zieht sich seit über 60 Jahren hin. Land hat in der gesamten Geschichte Nepals als Mittel der Machtausübung und des Machterhalts eine Rolle gespielt – nicht nur als produktive Ressource zur ländlichen Existenzsicherung. Seit 1950 sprechen politische Parteien, sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, von einer Landreform, die „progressiv“, „revolutionär“ und „armutsorientiert“ sein soll. Nichts ist geschehen. Im ersten Fünfjahresplan Nepals ab 1956 hatte die Landreform mit einem Budgetansatz von einem Prozent die niedrigste Priorität; heute sind es ungefähr 0,5 Prozent. Da Land als Herrschaftsinstrument begriffen wird, finden sich Politiker in ihrer Sicht bestätigt, es sei vor allem eine Ware. Der folgende Beitrag zeigt die historischen Wurzeln der Ungleichheit auf und nimmt das Handeln der Regierung sowie die Erwartungen der betroffenen Menschen in den Blick.

Die Landfrage berührt viele der dringlichsten gegenwärtigen Weltprobleme – vom Klimawandel bis zu bewaffneten Konflikten und von Ernährungssicherung bis zur sozialen Gerechtigkeit. Seit der Jahrtausendwende steht sie wieder im Mittelpunkt nationaler und internationaler Entwicklungsdebatten, wobei das Augenmerk zuneh-

mend auf den Zugang zu Land zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums und zur Armutsbekämpfung gerichtet ist. Die Verteilung landwirtschaftlich nutzbarer Flächen ist in Nepal – wie in anderen armen Ländern auch – zutiefst ungleich. Diese Ungleichheit ist eine Folge elitärer Klassenherrschaft und eines institutionalisierten Feudalismus. Von ex-

ternen Geldgebern veranlasste *Land Governance*¹ Projekte, die marktorientierte Reformen durchsetzen sollten, führten faktisch zu einer weiteren Machtkonzentration und damit zur weiteren Marginalisierung der Armen.

Im nepalischen Kontext bedeutet Landbesitz Macht, Identität, Prestige. Gleichzeitig ist es die Hauptgrundlage für die Ernährung und den sicheren Lebensunterhalt der ländlichen Bevölkerung. Land bietet außerdem Sicherheiten bei Investitionen: ohne Landbesitz kein Kredit. Ohne einen verbrieften Landtitel wird Menschen der Zugang zu zahlreichen Leistungen der Regierung verwehrt, wie zum Beispiel die Nutzung von Banken, Elektrizität, Telefon und sauberem Trinkwasser. Die Landlosen werden auch außerhalb der Regierungszuständigkeiten doppelt benachteiligt, indem ihnen Viehhaltung und der Zugang zur kommunalen Waldnutzung verwehrt wird.



Landwirtinnen demonstrieren für ihre Rechte

Bild: CSRC

Historische Wurzeln der Ungleichheit

Nepals Landbesitzstruktur ist logische Folge von über 100 Jahren autokratischer Monarchie und des Rana²-Regimes, als eine Abfolge von Königen und Ranas das ganze Land als ihren Privatbesitz betrachtete. Sie verteilten weite Gebiete unter Militärführern, Würdenträgern und Familienmitgliedern, sei es anstelle von Gehältern oder als Vergünstigungen. Das Feudalsystem schloss einfache Leute bewusst vom Landbesitz aus und schrieb damit deren Position als Knechte fort. Auch nicht in der Landwirtschaft engagierte Eliten akkumulierten im Laufe der Zeit beträchtlichen Landbesitz zur Vermögens- und Statussicherung. Dies ist die Basis des so genannten *Landlordism* – eines Systems, in dem die Benachteiligten wenig Nutzen von ihrer Hände Arbeit haben. Den Herrscher(-dynastien), Bürokraten und Grundherren diente Landbesitz weiterhin zur Festigung und zum Ausbau ihrer Stellung, ihrer Macht und ihres sozialen Status. Der Nexus zwischen Macht und Landbesitz wirkt fortwährend zugunsten der Herrschenden und der Grundherren statt zum Vorteil der armen, marginalisierten Bevölkerungsmehrheit. Das Grundmuster der Übertragung von Landrechten blieb bis zur Ablösung der Ranas 1951 im Wesentlichen unangetastet und bestimmte das politische und soziale Leben. Nutznießer des Systems waren Priester, religiöse Lehrer (*Gurus*), Soldaten und Mitglieder der königlichen Familie.

Neben den *Shahas*, *Ranas* und *Thakuris*³ waren Brahmanen, *Kshetris*⁴ und *Newars*⁵ die Hauptnutznießer des überkommenen Systems der feudalistischen Landvergabe. Mit anderen Worten: Ethnische Minoritäten und Kastenlose (*Dalits*) wurden in der Geschichte Nepals bei Landvergaben nicht berücksichtigt. *Jamindars*⁶ konnten auf neu zugewiesenen Ländereien Bauern (sogar aus Indien) nach Gutdünken ansiedeln und einen Anteil der

Ernten für sich reklamieren. Ausgewählte *Jamindars* waren gehalten, einen bestimmten Betrag an Grundsteuern zu erheben und an die Regierung weiterzuleiten. Da *Jamindars* ihrerseits das Recht hatten, Pachtverträge mit Kleinbauern abzuschließen, nutzten sie ihre administrative Macht, um ihren Grundbesitz Schritt für Schritt auf weite Landstriche auszudehnen. Sie wurden zu großen Landlords, auf deren Loyalität die *Ranas* bauen konnten. Das Grundmuster der Landverteilung begünstigte die Aristokratie. Die *Land Commission* stellte 1910 für den Bardiya-Distrikt im *Terai*-Tiefland fest, dass Großgrundbesitzer 24.000 Bighas⁷ besaßen, während alle Kleinbauern zusammen immerhin über 56.000 Bighas verfügten. Innerhalb von 42 Jahren kehrte sich die Besitzstruktur genau um: 1952 kontrollierten *Jamindars* 56.000 Bighas und Kleinbauern lediglich 24.000 Bighas. Schon zuvor war für den Zeitraum zwischen 1893 und 1908 im westlichen *Terai* eine erhebliche Konzentration des Landbesitzes in den Händen von *Landlords* festgestellt worden: Der Flächenanteil der Kleinbauern reduzierte sich dort innerhalb der 15 Jahre von 80 auf 25 Prozent. Die meisten Grundherren waren nicht auf ihren Ländereien ansässig (*absentee landlords*).

Gegenwärtige Hauptprobleme der Landreform

Eine Landreform stellt eine komplexe politische und strukturelle Herausforderung dar. Trotz anhaltender, nachdrücklicher Forderungen nach der Durchführung einer Landreform haben es Regierungen in der Vergangenheit versäumt, politische Zusagen in die Tat umzusetzen. Es gilt vielerlei kritische Bedenken auszuräumen, die einer sinnvollen Landreform zugunsten der Armen entgegenstehen.

1. Verbreitung irrationaler Ängste vor einer Landreform

Landbesitzende (und die die Politik dominierenden) Gruppen glau-

ben irrtümlicherweise, dass es bei einer Landreform nur um das Festlegen von Obergrenzen individuellen Landbesitzes gehe sowie um die Konfiszierung von Land und dessen Verteilung an Slumbewohner und Landlose. Diese Botschaft wird gezielt unter Landbesitzern der Mittelschicht verbreitet, um den Widerstand gegen jegliche Landreformbemühungen zu verstärken. Insbesondere im *Terai* haben die Eliten eine irrationale Angst geschürt, indem sie wahrheitswidrig behaupteten, Menschen aus dem Hügel-land beabsichtigten die Landreform zu nutzen, um ihr Land an sich zu reißen.

2. Fehlen eines gemeinsamen Handlungsrahmens

Einflussreiche politische Parteien haben sich im „Umfassenden Friedensvertrag“ vom November 2005 (der den bewaffneten Konflikt beendete) und in der Übergangsverfassung⁸ von 2007 auf eine „wissenschaftliche Landreform“ verständigt. Allerdings scheint weder ein Konsens über die Inhalte einer solchen Landreform zu bestehen, noch darüber, wie diese verwirklicht werden könnte. Einvernehmen über Vorgehensweise (*Roadmap*) und Handlungsrahmen sind grundsätzliche Voraussetzungen dafür, die Reformrhetorik in Handlungen umzusetzen. Politische Führer halten revolutionäre Reden, doch praktisch diskutieren sie diese Belange innerhalb ihrer Parteien und Gremien nicht. Niemand verfügt über einen realistischen Plan für die Landreform.

3. Zunehmende Einflussnahme internationaler Organisationen und Unternehmen

Man kann grob zwei fundamental unterschiedliche Perspektiven bezüglich der Ziele einer Landreform unterscheiden: Die erste ist auf Gerechtigkeit und sozioökonomischen Wandel ausgerichtet, die zweite verfolgt ein neoliberales, profitorientiertes Mo-



Monatlich stattfindende Sitzung des Forums für Landrechte auf Dorfebene, Mirgaulia, Morang

Bild: CSRC

dell. Geber wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Asiatische Entwicklungsbank propagieren marktgesteuerte Reformen, bei denen Land Warencharakter erhält. Dabei wird es in seiner gesamtgesellschaftlichen Bedeutung insbesondere zur Sicherung des Lebensunterhalts armer und an den Rand gedrängter Menschen ignoriert. In Nepal pochen internationale Geber auf marktorientierte Reformen, obwohl hinreichend oft bewiesen wurde, dass diese den Interessen der *Landlords*, der Reichen und der multinationalen Konzerne entgegenkommen, zu Lasten der armen Bauern.

Eine marktorientierte Landreform steht in sehr engem Zusammenhang mit den neoliberalen Konzepten der internationalen Finanzinstitutionen, die einst auch „Grüne Revolutionen“ propagierten. Diese „Revolutionen“, die einen hohen Beschäftigungsgrad und starke Produktionszuwächse versprachen, versagten in sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Hinsicht; ein Blick zurück zeigt, dass elitezentriertes Wachstum nicht nachhaltig ist und der armen Mehrheit keine Perspektive bietet. Wachstumsraten mögen um die 20 Prozent betragen und können dennoch für die Armen bedeu-

Der Umgang des nepalischen Staates mit den Tücken der Landreform

Nepals Landpolitik blieb Angelegenheit launischer Herrscher, bis 1964 das erste Gesetz zur Landfrage (*Land Act*) verabschiedet wurde. Dies geschah als Reaktion auf die Anfänge der Landrechtsbewegung, die von Landpächtern initiiert worden war. Das damals an der Macht befindliche monarchistische Regime erließ das Gesetz in der Absicht, „ein menschliches Gesicht zu zeigen“. Es verfügte Obergrenzen für den individuellen Landbesitz (*land ceilings*) und die Umverteilung überschüssiger Flächen an bedürftige Farmer. Außerdem versprach es, das Ritual der Vergabe umfangreicher Ländereien an königliche Günstlinge zu beenden. In der Praxis wurde die Begrenzung des Landbesitzes jedoch nicht durchgesetzt. Von den wenigen Landumverteilungen profitierten häufig *Landlords* als Pächter.

In den letzten 40 Jahren gab es keine weiteren nennenswerten Schritte zu einer Landreform, weshalb das Gesetz von 1964 nach wie vor Gültigkeit hat. Die Volksbewegung von 1990 setzte die Mehrparteiendemokratie im Königreich Nepal durch und brachte neue Hoffnung. 1996 wurden Änderungen am ursprünglichen Gesetz vorgenommen, die vorsahen, dass jedem Pächter, der ein Stück Land kontinuierlich bearbeitet hatte und zugleich als solcher im Landrechtszertifikat des Grundherrn registriert war, ein dauerhaftes Pachtrecht sowie das Recht auf einen Landtitel über die Hälfte des bestellten Landes zugestanden werden sollte. Da die Mehrheit der Pächter nicht in der beschriebenen Weise registriert war, reagierten die Grundherren in vorhersehbarer Weise: Sie verjagten die Pächter von ihrem Land und verweigerten sichere Pachtverträge. In einem unzulänglich entwickelten Land wie Nepal, wo die nächste Straße mehrere Tagesmärsche entfernt liegen kann und der Weg zur zentralen Bürokratie oft noch weiter, führte dies zur formellen Beseitigung von Pachtrechten, die mehr als ein halbe Million Familien betraf.

Die Landreform-Politik Nepals hat weder eine signifikante Neuverteilung von Land erreicht, noch zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität beigetragen oder die Ungleichgewichte sozio-ökonomischer Macht beseitigt. Der Grund dafür liegt in Interessenkonflikten der Entscheidungsträger: Die Spitzen der Regierung unterhalten mit den *Landlords* enge Beziehungen, soweit sie nicht selbst dieser Gruppe angehören.

tungslos sein, solange die Zuwächse sich in den Händen weniger konzentrieren und es keine Verteilungsgerechtigkeit zwischen allen Wirtschaftssubjekten und Altersgruppen gibt.

Im Namen einer Landreform könnten der amtierenden Regierung beträchtliche Zuschüsse und Darlehen der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank zufließen; aber diese Mittel würden den Armen nicht helfen, sondern eher dazu beitragen, eine genuine Landreform zu unterlaufen. Das *Land Bank*-Konzept⁹, das die Weltbank Nepal anzudienen beabsichtigt, würde die Kluft zwischen Reichen und Armen vertiefen, indem jeder verkaufswillige Landbesitzer Top-Marktpreise erzielte, den Armen auf dem Lande aber eine unerträgliche Schuldenlast aufgebürdet würde. Dieses Modell ist für Nepal zweifellos ungeeignet.

4. Rechtsstaatlichkeit und Eigentumsrechte

Die Auslegung von Eigentumsrechten ist eine potentiell strittige Angelegenheit. Bedeuten sie zu behalten, was man hat oder zu verlangen, was einem vorenthalten wurde, oder beides? Die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank und einige Organisationen der staatlich-bilateralen Kooperation setzen darauf, bei Reformen das Eigentum der derzeitigen Grundherren unangetastet zu lassen, anstatt sich für die Rechte ausgebeuteter und marginalisierter Arbeiter einzusetzen. Dies bewirkt nichts weiter als die Aufrechterhaltung des Status quo, was höchstwahrscheinlich beabsichtigt ist.

Die Umgestaltung des Eigentumsrechts sollte nicht dazu dienen, die Ansprüche von Grundbesitzern auf Kontrolle über natürliche Ressourcen zu konsolidieren, sondern dazu, den gerechteren Zugang zu Land zu fördern und damit langfristig einer nachhaltigen Produktion, dem Frieden und der Entwicklung zu dienen.

5. Das Augenmerk gilt verbessertem Landbesitz und nicht der Umverteilung

Die meisten Hilfsorganisationen haben Projekten der Landadministration, wie der elektronischen Erfassung von Datenmaterial, Vorrang eingeräumt. Ohne gleichzeitige progressive, politische Konzepte sind solche Bemühungen unnütz. Vielmehr könnten sie in ihrer gegenwärtigen Form dazu dienen, die ungleiche Landverteilung zu zementieren und jegliche zukünftige Reform zu verhindern. Einige reden sogar von Pachtrechten und meinen damit die Zuweisung von kleinen Parzellen staatlichen Landes, was nicht im Interesse der Armen liegt. Ohne die Verteilung von Privatland wird eine wirkliche Landreform in Nepal nicht stattfinden. Landreform bedeutet auch eine (Neu-) Verteilung von Macht und Vermögen.

6. Keine Teilhabe der Bevölkerung an der Formulierung politischer Konzepte

Wie auf vielen anderen Gebieten auch, haben es die Regierungen in der Vergangenheit – ob sie nun autokratisch oder demokratisch orientiert waren – nicht gewagt, bezüglich der Landfrage die betroffenen Bevölkerungsteile (Arme und Landlose) an der Formulierung und Umsetzung ihrer Reformpolitik zu beteiligen. Die Formulierung politischer Konzepte wird als technisch-bürokratische Aufgabe gesehen und nicht als ein Prozess, der die Partizipation der Betroffenen erfordert. Politische Konzepte und Gesetze, die von Bürokraten und Technokraten auf den Weg gebracht werden, sind zum Scheitern verdammt, wenn die Bürgerinnen und Bürger weder an sie glauben noch an deren Verwirklichung teilhaben können. Im nepalischen Kontext können Verhandlungen auf einer zentralstaatlichen Makro- oder einer sonstigen übergeordneten Ebene zu nichts führen, da der Verhandlungsprozess über eine umfassende Landreform nur auf

der Mikro-Ebene (*Village Development Committees, District Development Committees*) erfolversprechend ist und er der Unterstützung der Zivilgesellschaft bedarf. In vielen Ländern werden die direkt betroffenen Interessengruppen heutzutage bereits im Stadium der Konzeptionsentwicklung konsultiert, während in Nepal Vorhaben erst bekannt werden, wenn die Verabschiedung im Parlament unmittelbar bevorsteht. Das liegt zum einen daran, dass die wirklich Landlosen und die Landpächter im Parlament nicht vertreten sind, und zum anderen daran, dass eben keine Konsultationen stattfinden und sie somit vollständig von einem Prozess ausgeschlossen bleiben, bei dem es schließlich um ihre Rechte geht.

7. Frauen sind vom Landbesitz weitgehend ausgeschlossen

Historisch sind Frauen vom Zugang zu Vermögen und Produktionsmitteln weitgehend ausgeschlossen¹⁰. Dies gilt insbesondere für Landbesitz. Derzeit besitzen nur 10,8 Prozent der nepalischen Frauen Land, und dies vielfach nur dem Namen nach, weil sie über keine Entscheidungsmacht verfügen. Verbesserter Zugang zu Landbesitz ist für Frauen von vitaler Bedeutung nicht nur, um ihre gesellschaftlichen Rechte zu stärken, sondern auch, um das existierende sozio-ökonomische Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Eine Verbindung der Frauenrechtsbewegung Nepals mit der Landrechtsbewegung steht noch aus. Eine neue Politik und neue Gesetze müssen der Stärkung von Frauenrechten höchste Priorität einräumen.

Was wollen die Armen?

Nepal ist ein sehr vielfältiges Land und jeder Dorfwirtschaftsrat (*Village Development Committee*) und jeder Entwicklungsrat auf Distriktebene (*District Development Committee*) muss den Rahmen für seine Landre-



Mitglieder einer Dorfgemeinschaft erstellen eine eigene Landkarte ihrer Landrechts-situation

Bild: CSRC

form abstecken und eigene Modelle entwickeln, anstatt rigiden, zentralstaatlichen oder internationalen Vorgaben zu folgen. Während der letzten 60 Jahre haben Landlose und Pächter für einen vom Volk getragenen Reformprozess gekämpft, der sie sowohl in die Vorbereitung von Entscheidungen als auch in deren Umsetzung einbezieht. Sie werden ein marktorientiertes Modell für Nepal nicht hinnehmen. Die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank entsenden Berater in Länder wie Nepal, um ihre eigenen – auf die Kräfte des Marktes bauenden – Vorstellungen von einer Landreform voranzutreiben. Was Nepal wirklich braucht, ist ein Handlungsrahmen für die Landreform, der Prozesse zulässt, bei denen auf die eigene Zivilgesellschaft gehört und von den Ideen derjenigen gelernt wird, deren Lebensunterhalt vom Zugang zu Land abhängt.

Nepal muss sich gegen den weltweiten Trend stemmen, Grund und Bo-

den der Warenwirtschaft zuzuschlagen. Nepals starke Zivilgesellschaft sollte sich dafür einsetzen, dass landwirtschaftlich nutzbares Land von denen kontrolliert wird, die es bearbeiten und Naturressourcen nicht als Ware betrachtet werden, die international tätige Spekulanten ungehindert erwerben und profitabel weiterveräußern können.

Damit ist keinesfalls gesagt, dass Subsistenzlandwirtschaft eine Perspektive bietet; Subsistenzlandwirtschaft kann Armut nicht mindern. Eine Landreform sollte in ausreichendem Umfang zusätzliche Flächen erbringen – als Voraussetzung für erforderliche Ertragssteigerungen. Mit deren Hilfe könnten Grundbedürfnisse wie Gesundheitsvorsorge und Bildung befriedigt werden. Landrechte sind untrennbar mit der Schaffung demokratischer Verhältnisse verbunden, mit Entwicklungsbemühungen, der Wahrung der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit.

Wenn Regierungen ehrlich bestrebt sind, langfristig Frieden und Entwicklung zu sichern, dann müssen sie den rechtlichen Rahmen für eine Landreform so abstecken, dass den Menschen an der Basis die Chance geboten wird, erforderliche Maßnahmen eigenverantwortlich durchzuführen und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen.

Fazit

Nach meiner Analyse geht es bei einer Landreform um ein Machtgleichgewicht zwischen Arm und Reich, um die Schaffung von Arbeitsplätzen, um sicheren Lebensunterhalt, um Inklusion bei Entwicklungsvorhaben, um Wirtschaftswachstum im ganzen Land und um die Abschaffung geschlechtsspezifischer Diskriminierung, um die Überwindung eines ausbeuterischen Systems, das sich durch Kastenzugehörigkeit und Landbesitz legitimiert. Die Wirtschaftspolitik Nepals hat zu makroökonomischen Rahmenbedingungen geführt, die die Landwirtschaft im Allgemeinen und die Kleinbauern im Besonderen belasten. Somit würde eine Landreform alleine nicht zu substantiellen Einkommenssteigerungen bei den Armen führen oder zur Reduzierung von Ungleichheit. Angesichts der Landwirtschaft schädender makroökonomischer Gegebenheiten wie zum Beispiel der ungünstigen Währungsrelationen und einer Außenhandelspolitik, die Importe so weit verbilligt, dass einheimische Produzenten nicht konkurrieren können, wäre die Ermunterung der Armen, in der Landwirtschaft ihr Auskommen zu suchen, gleichbedeutend damit, sie in Verschuldung und Not zu locken. Deshalb ist eine ganzheitliche Landreform anzustreben, die das nachhaltige Überleben sichernde Einkünfte garantiert. Es ist völlig klar, dass die besten Ansätze zu einer Landreform die sind, die Sicherheit, auskömmliche Einkünfte, Ressourcenschutz und Stärkung der ländlichen Gemeinden integriert

angehen. Im Zuge der Landreform muss die Umverteilung der Flächen so weitgehend erfolgen, dass die Herausbildung einer dominanten Klasse von Landbesitzern von vornherein ausgeschlossen ist. Sie muss außerdem durch eine Struktur begleitet werden, die für dauerhafte Produktivität sorgt. Die Ausweitung der ländlichen Märkte, die sich daraus ergäbe, würde Wachstum generieren sowie zu dauerhaftem Frieden und nationaler Entwicklung beitragen.

Bei jedem Implementierungsschritt der Landreform sowie bei Reformen der gesamtstaatlichen Struktur sollten soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigungschancen und die Partizipation entrechteter Menschen im Blick behalten werden. Eine umfassende Landreform würde in einem Land wie Nepal, dessen Bevölkerung zu 76 Prozent ihre wirtschaftliche Basis in der Landwirtschaft und in ländlichen Industrien hat, eine Agrarrevolution auslösen. Diese würde zum laufenden Transformationsprozess im Lande beitragen und zur Schaffung eines neuen Nepal.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Joachim Lindau*

Zum Autor

Jagat Basnet ist ein bekannter Aktivist und Gründungsmitglied des *Community Self-Reliance Centre*, Nepal. Er unterstützt seit 1995 Bewegungen zu bäuerlichen Landrechten und speziell die Organisation *National Land Rights Forum* (NLRf). Zu den zahlreichen Preisen, die er für seine Arbeit erhielt, gehört auch der *Annual Human Rights Prize* des amerikanischen Leitner Center für internationale Gesetze und Gerechtigkeit, der ihm 2009 verliehen wurde.

jagat@csrncnepal.org

Endnoten

- ¹ *Land Governance* wird in der einschlägigen Literatur zur Beschreibung unterschiedlichster Maßnahmen verwendet und ist von Fall zu Fall interpretationsbedürftig. (Anmerkung d. Übers.)
- ² 1846 riss die – ursprünglich aus Indien stammende – *Rajputen*-Dynastie der *Ranas* in Nepal faktisch die Macht an sich, jedoch ohne die königliche Shah-Dynastie vollständig abzulösen. Das Königshaus wurde auf eine repräsentative Rolle reduziert, während sich die *Ranas* das Amt des Ministerpräsidenten in Erbfolge sicherten. Die singuläre „Koexistenz“ zweier Dynastien dauerte bis Februar 1951, als die *Ranas* abdankten und die Macht zunächst (bis 1990) an die Shah-Dynastie zurückfiel. (Anmerkung d. Übers.)
- ³ *Thakuris* waren ursprünglich eine Kriegerkaste und gehören zur zweithöchsten Gruppe (*Kshatriya Varna*) im System der religiösen Statuszuweisung des Hinduismus. Sie reklamieren für sich den Sonderstatus der „Königskaste“, aus der sich die Shah-Dynastie ableitet. (Anmerkung d. Übers.)
- ⁴ *Kshetris* sind relativ eng verwandt mit den *Thakuris* und gehören ebenfalls zur Kriegerkaste. (Anmerkung d. Übers.)
- ⁵ *Newars* werden als Urbevölkerung des Kathmandu-Tals gesehen. Sie sind zum großen Teil Anhänger eines sehr stark hinduistisch überformten Buddhismus und genießen wie die zuvor genannten Gruppierungen einen hohen *ascribed status* (Anmerkung d. Übers.)
- ⁶ *Jamindar* (in Indien *Zamindar*) ist ein nepalischer Sammelbegriff für Landbesitzer, die traditionell über weitgehende Befugnisse verfügen (Anmerkung d. Übers.)
- ⁷ 1 Bigha= 0,67 ha
- ⁸ *Comprehensive Peace Agreement und Interim Constitution*
- ⁹ Beim Land Bank-Konzept handelt es sich, grob gesagt, um den (durch Kredite finanzierten) Ankauf von untergenutztem Land oder Brachland durch die Regierung, das nach erfolgter „Entwicklung“ vermarktet werden soll. Dabei bestehen unterschiedlichste Vorstellungen darüber, wie und zu wessen Gunsten solches Land in eine Agrarreform eingebracht werden kann oder soll. (Anmerkung d. Übers.)

¹⁰ vgl. Beitrag von Pooja Bhattarai in diesem Heft

Literatur

- Bhattarai, B. R. (2003). *The Nature of Underdevelopment and Regional Structure of Nepal: A Marxist Analysis*. Delhi: Adroit.
- Bista, D.B. (1999). *Fatalism and Development: Nepal's Struggle for Modernisation*. Patna: Orient Longman.
- Caplan, L. (2000). *Land and Social Change in East Nepal: A Study of Hindu Indigenous Relations*. Kathmandu: Himal Books.
- CBS (1961) and CBS (1971). *Sample Census of Agriculture of Nepal*. Kathmandu.
- Dahal, Devaraj. *New Social Movement. The Organization June-July 2004*.
- Dahal, Dilli Ram, et al. (2002). *National Dalit Strategy Report Part I: Situational Analysis of Dalits in Nepal*. Actionaid Nepal, CARE Nepal, Save the Children US.
- Ghimire, K. (1992). *Forest or Farm? The Politics of Poverty and Land Hunger in Nepal*. Delhi: Oxford University Press.
- Griffin, K., Khan, A. R., Ickowitz, A., Poverty and Distribution of Land. *Journal of Agrarian Change*, Vol. 2, Nr 3, July 2002, pp.279–330.
- High Level Land Reform Commission (1996). (2051BS). *A Report Submitted to the HMG/ Nepal by High Level Land Reform*.
- Karki, A., Movement from below: Land Rights Movement in Nepal. *Inter-Asia Cultural Studies*, Vol. 3, Nr. 2, August 2002.
- Khanal, D. N. (1995). *Land Tenure System and Agrarian Structure of Nepal*. Rom: FAO.
- Regmi, M.C. (1999). *Land Ownership in Nepal*. Delhi: Adroit.
- Report on Parliamentary Committee on King Land* (2007). Parliament Committee on Natural Resource, Government of Nepal.
- Thapa, S. (2000). *Historical Study of Agrarian Relations in Nepal (1846-1951)*. Delhi: Adroit.
- Upreti, B.R., Sharma, S.R., Basnet, J. (2008). *Land Politics and Conflict in Nepal: Realities and Potentials for Agrarian Transformation*. Kathmandu: Community Self Reliance Centre (CSRC), Swiss National Centre of Competence in Research (NCCR) and Kathmandu University.
- Zaman, M. A. (1973). *Evaluation of Land Reform in Nepal*. Kathmandu: Ministry of Land Reform and Management, Kathmandu, Nepal.